Vorsitzender Schönfelder: Ja, das sagen die Berliner, aber das müssen alle sagen. Es sind die Anträge 4, 5, 6, 7, 8, 15 .

Zuruf: 62, 63, 64.
Vorsitzender Schönfelder: Ja, die habe ich als selbstverständlich dazu gerechnet. Ich werde zunächst über die Anträge abstimmen lassen; die ich aufgerufen habe. Wer der Meinung ist, daß diese Anträge im Falle der Annahme des Antrages 67 ihre Erledigung gefunden haben, den bitte ich, die Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Dann kommen wir zu 67 und dann wird sich entscheiden, was aus der Sache werden soll. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages 67, den der Genosse Franke eben empfohlen hat. Wer dem Antrag 67 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Damit, nehme ich an, sind auch die in dem Nachtrag zu den Satzungen gestellen Anträge erledigt. Das ist die Meinung des Parteitages.
(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Die Annahme des Antrages 67, mit der wir grundsätzlich einverstanden sind, heißt aber nicht, daß wir uns bei einer grundsätzlichen Änderung unseres Statuts doch unterhalten müßten. Und dazu zähle ich auch den Antrag 7, daß der Parteitag nicht acht Wochen, sondern drei Monate vorher einberufen werden muß. Ich glaube, daß wir diesen Antrag unter allen Umständen bereits in diesem vorläufigen Statut aufnehmen sollen.)

Vorsitzender Schönfelder: Ich mache den Vorschlag, daß wir auch diese Zweifel aus der Welt schaffen, wenn Sie hier Antrag Nr. 7 beschließen. (Zuruf: Er ist schon beschlossen!) Nein. Er ist zurückgestellt bis zur Beratung der Satzungen. Er ist nicht beschlossen. Wir haben vorhin beschlossen, daß mit dem Antrag 67 auch diese Anträge erledigt sein sollen. Das gehört zu den Satzungen. Also, machen Sie nicht einen ollen Mann wild. Aber wenn Sie das wollen, Genossen, und das verstehe ich, dann können wir den Antrag 7 annehmen. Dann haben wir auch diese Meinungsverschiedenheit aus der Welt geschafft. Wer also dem Antrag 7 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen. Ist noch ein Zweifel über die Einzelanträge, die noch nicht ihre Erledigung gefunden haben? (Kein Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über das Gesamtstatut nach den bisher gefaßten Beschlüssen abstimmen.

Wer unter diesen Voraussetzungen, wie sie in Nr. 67 beschlossen sind, dem Statut, wie es hier vorliegt, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Wir zählen sechs Stimmen dagegen. Ich nehme an, Enthaltungen sind bei diesem Punkt nicht, oder doch? Feststellung ist nicht gewünscht. Also ist das Statut, wie es vorliegt, gegen sechs Stimmen angenommen worden. Ich hoffe, daß sich das Statut in den zwei Jahren, für das ihm diese Frist gegeben worden ist, so bewährt, daß sich die Berliner das nächstemal nicht die Mühe zu machen brauchen, wieder diese schönen Anträge zu stellen. Aber dann möchte ich bitten, diese Anträge nicht erst auf dem Parteitag zu stellen, sondern rechtzeitig vorher. Dann wäre dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich mache jetzt den Vorschlag, daß wir nummehr in die Beratung des Punktes 8 „Sonstige Anträge" eintreten. Wird das Wort hierzu gewünscht? - Es liegt ein Monitum der Geschäftsführung vor. Es wird mir von den Berliner Kollegen gesagt, es sei ein Irrtum von mir, daß die Anträge nicht rechtzeitig eingebracht worden sind. Wir haben sie aber erst auf diesem Parteitag kennengelernt. Aber unser Genosse beruft sich darauf, daß er sie schon in Düsseldorf eingebracht hat. Ich würde doch der Meinung sein, daß Anträge nach Erledigung des Parteitages erledigt sind und beim nächsten Parteitag wieder erneut einzubringen sind. Das ist eine alte Geschichte, über die wir uns nicht streiten wollen.

Wir haben jetzt noch unter den Anträgen. die wir eben erledigt haben, noch einen Antrag Nr. 64, der nicht mit erledigt ist und der nicht zu den Satzungen des Statuts gehört. Ich habe ihn unter "Sonstige Anträge" eingereiht. Er kommt von

Hannover/Braunschweig und Hessen/Kassel und beschäftigt sich mit der Mitgliedschaft von Gemeinschaften. Haben Sie den Antrag vor sich?

Die Versammlung hatte nichts dagegen einzuwenden, daß wir jetzt Punkt 8 "Sonstige Anträge" vornehmen. Dann haben wir abzustimmen über Antrag 64. Es wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. (Zurufe: Ablehnen! Nein! Uberweisen!) Schön, Parteivorstand beantragt Ablehnung. Es wird Ablehnung empfohlen. Wer dem Vorschlage auf Ablehnung zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen. (Zuruf: Gegenprobe!) Gegenprobe! Genossinnen und Genossen, müssen wir auszählen? Dann mache ich Ihnen den Vorschlag positiv abzustimmen. Ist das Ihre Meinung? Wie es parlamentarisch üblich ist. Wer dem Antrag 64 zusitimmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Widerspruch, Glocke.)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, Sie haben nicht zugehört. Die Art, wer ihn ablehnen will, darüber abzustimmen ist parlamentarisch nicht ganz üblich, und ich wollte Ihnen die Gelegenheit geben, positiv abzustimmen. Wollen wir so abstimmen? (Zuruf: Nein, positiv!) Gut, dann bleibe ich bei der ersten Abstimmung. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen Ablehnung. Wer diesem Vorschlag folgen will, bitte ich, eine Hand zu erheben. - Bitte um die Gegenprobe. Es ist kein Zweifel, daß das erste die Mehrheit war. (Zurufe: Wird angezweifelt!) Dann bitte ich, Genossen zu bestellen, die das Zählen besorgen. (Etwas Lärm.)

Genossinnen und Genossen! Wir wollen uns doch das Leben nicht unnötig erschweren. Hier oben sitzen sechs ausgewachsene Menschen, die einer Meinung sind. Und es ist in jedem Parlament üblich, auszuzählen, wenn der Vorstand sich nicht einig ist. Aber hier sind wir uns einig, daß das erste die Mehrheit war. Deshalb ist Antrag 64 abgelehnt.

Wollen Sie bitte die Vorlage aufschlagen. Anträge zu Punkt 8 der Tagesordnung. Ich rufe den Antrag 44 auf, Ortsverein Passau. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag . . . Wird das Wort dazu gewünscht? (Ja!) Der Genosse Prennel, Passau, hat das Wort.

Carl Prennel, Passau: Genossinnen und Genossen! Erschrecken Sie nicht, wenn am "Tor der Welt", in Hamburg, einer von dem „Hintertürchen" Deutschlands spricht, und zwar vom Südostraum, von dem man zwar sehr viel spricht - es gibt sogar Besichtigungen da unten, wir werden zum Notstandsgebiet erklärt, aber damit ist auch so ziemlich alles getan. Wir sind nicht nur ein wirtschaftliches Notstandsgebiet mit 60 Prozent Heimatvertriebenen, 40 Kilometer von der Tschechoslowakei entfernt, einen Kilometer von der österreichischen Grenze, sondern wir sind auch - das darf ich ganz offen sagen - ein politisches Notstandsgebiet, weil wir auf steinigem Boden arbeiten müssen. Wenn wir den Antrag gestellt haben, den nächsten Parteitag in Passau durchzuführen, dann sind wir nicht größenwahnsinnig geworden, sondern ich möchte Sie daran erinnern, daß im November dieses Jahres der Deutsche Katholikentag mit 100000 Teilnehmern nach Passau kommt.

Wie schwer wir unter all diesen Bedingungen zu arbeiten haben, das begründe ich damit, daß auch wir gern einmal in den auswärtigen Gebieten sehen würden, daß wir nicht allein stehen. Wirtschaftlich und organisatorisch gesehen, steht in Passau eine Halle mit 12000 Personen Fassungsvermögen zui Verfügung. Ich kann Ihnen weiter sagen, wenn Sie Bedenken wegen der Anfahrt nach Passau haben, daß wir Ihnen dafür garantieren, daß Sie sehr billige Preise in Passau finden werden, und wenn einer ein wenig handfester Trinker ist, kann er sich etliche Kilometer schon an Bier ersparen. (Heiterkeit.)

Aber, Genossen, ich appelliere aus den geschilderten Gründen an Euch. Ich weiß, daß wir heute nicht beschließen können, der nächste Parteitag findet in Passau statt, weil wir gar nicht wissen, was in den nächsten zwei Jahren geschieht. Wenn ich als Bürgermeister der Stadt dafür spreche, dann auch nicht aus Egoismus, sondern weil ich Sie bitten möchte, nicht zu vergessen, daß nicht nur in den Großstädten tätige Genossen leben und arbeiten, sondern daß auch in der Provinz Genossen sind, die ebenso berechtigt sind, sich Sozialisten zu nennen und vielleicht oft unter schwierigeren Umständen die Idee des Sozialismus zur Durchführung bringen
müssen. Ich habe mich nur deshalb zum Wort gemeldet, damit es nicht wieder heißt, ihr habt ja alle miteinander nichts zu reden, ihr seid von Hannover ferngesteuert. Wir werdenvicht von.Hannover ferngesteuert, und ich würde das auch ablehnen. Es gibt keine zentrale Parteigewalt, und wir lassen uns auch nicht steuern, aber wir sind stolz darauf, einer gemeinsamen Bewegung anzugehören, die wohl wert ist, daß man in ihr und mit ihr marschiert. Wenn Sie uns dabei unterstützen wollen, dann sehen Sie sich einmal anläßlich des Bundesparteitages eine der sieben schönsten Städte der Welt an. (Heiterkeit.) Es ist Ihnen auch Gastfreundschaft zugesichert. Wenn wir auch mit Hamburg nicht konkurrieren können, so sind Sie trotzdem alle herzlich willkommen. Denken Sie daran, daß auch in der Provinz und auf dem flachen Lande und im Bayrischen Wald für den Sozialismus geworben und gearbeitet werden muß. (Bravo. Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wird sonst das Wort verlangt? Es wird empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Antrag 45 trägt einen ähnlichen Charakter. Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer dem zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. Auch das ist beschlossen.

Antrag 46 ist zurückgezogen, wie mir eben mitgeteilt wird. Wir kommen zu Antrag 47. In diesem Antrag wird eine Änderung beantragt. Es soll heißen: Der Parteitag wolle beschließen: - und der erste Satz ist richtig, so daß es anfängt „Die Partei möge sich mit allen Kräften" usw. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben - Das ist beschlossen. - Wir kommen zu Antrag 48, 49, 50, 51. Es ist den Genossen offenbar recht, wenn die vier Anträge gleichzeitig zur Diskussion gestellt werden. Das ist der Fall. Widerspruch erhebt sich nicht. Wird das Wort verlangt? Um so besser. Das Wort wird nicht verlangt. Wir kommen zur Abstimmung. Genossinnen und Genossen! Ich lasse abstimmen über den Antrag 48. Er wird zur Annahme empfohlen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Dasselbe wird vorgeschlagen für Antrag 49. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Antrag 50. Hier wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen, der ihn dem Kulturpolitischen Ausschuß zur Behandlung übergeben wird. Wer so beschließen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Auch das ist beschlossen. Dasselbe wird für den Antrag 51 vorgeschlagen. - Das ist beschlossen. - Wir kommen zum Antrag 52, der zur Annahme empfohlen wird. Wird das Wort verlangt? Es wird nicht verlangt. Wer dem Antrag 52 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Auch das ist beschlossen. - Genossinnen und Genossen! Dann wird vorgeschlagen, den Antrag 53 am Donnerstag nach dem Referat des Genossen Carlo Schmid zu erledigen. Dasselbe wird für den Antrag 54 und den Antrag 69 vorgeschlagen. Uber die Anträge würde beim Referat des Genossen Schmid abzustimmen sein. Der Parteitag ist einverstanden. Ich habe hier dann noch einen Antrag liegen, der hier heraufgereicht worden ist. Ich weiß nicht, ob wir dafür alle Unterschriften nötig haben. Ich will die Entschließung verlesen:
„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt den Kampf der Helgoländer um Erhaltung und Rückgewinnung ihrer Heimat. Es entspricht nicht den Forderungen nach Frieden, wenn noch fünf Jahre nach dem Kriege dieses einzigartige Naturdenkmal der Welt als Versuchsobjekt der englischen Luftwaffe gilt.

Das Bombardement am 18. April 1945 hat gezeigt, daß dieses Felseneiland kein ernsthafter Faktor im modernen Kriege ist. Dagegen ist aber diese Insel der einzige Nothafen der gesamten Nordseefischerei. Als Träger des Leuchtfeuers und einer Rettungsstation hat diese Insel eine große Bedeutung für die gesamte Schiffahrt.

Der Parteitag unterstützt daher den Kampf der Helgoländer und der Küstenbevölkerung um die Rückgabe und den Wiederaufbau ihrer Heimatinsel.

Er fordert die Bundesregierung auf; sich bei den Hohen Kommissaren dafür einzusetzen, daß das Zerstörungswerk sofort eingestellt wird."
Wird das Wort dazu gewünscht? Genosse Hermann Schinkel, Elmshorn.
Hermann Schinkel, Elmshorn: Genossinnen und Genossen! Ich bin dem Parteivorstand und dem Präsidium außerordentlich dankbar, daß ich Gelegenheit habe, mit wenigen Worten mich für eine besondere Kategorie der Vertriebenen einzusetzen. Es handelt sich, wie Sie gehört haben, um die Entschließung für die Helgoländer. Ich glaube, es bedarf keiner langen Begründung. Immerhin bin ich der Ansicht, wenn wir hier oben in der Nordwest-Ecke Deutschlands tagen, etwa 150 Kilometer entfernt von dieser Insel, daß wir es den Helgoländern schuldig sind, an sie zu denken und uns für sie mit einzusetzen.

Ich hatte im vorigen Jahr, im September, Gelegenheit, im Foreign Office in England schon einmal diese Angelegenheit anzuschneiden. Ich bedauere, daß im Moment der Sekretär der Labour Party nicht da ist. Im Unterhaus ist nach deutschen Pressemeldungen vor einigen Wochen entschieden worden, daß 1000 Meter im Umkreis des Friedhofes die Bombardierungen einzustellen sind. Eigentlich hat damit das Unterhaus beschlossen, daß Helgoland nicht mehr bombardiert werden darf. Denn Helgoland ist nur 700 Meter breit und 1700 Meter lang. - Man muß es einmal gesehen haben, wenn in Cuxhaven auf der Mole die alten Helgoländer mit Tränen in den Augen bei guter Sicht ihr Eiland erspähen und natürlich nicht begreifen können, daß sie ihre Heimat nicht wieder betreten dürfen, weil die Royal Air Force sie als Bombenziel nicht entbehren will. Es wäre wirklich zu wünschen, daß unsere Bruderpartei in England hier einmal Solidarität beweist und endlich auch im Unterhaus energisch für die Rückgabe Helgolands eintritt.

Den Parteitag bitte ich daher, die Entschließung zur Rückgabe Helgolands einstimmig annehmen zu wollen, um damit den Helgoländern zu zeigen, daß sie in ihrem Kampf von der gesamten deutschen Sozialdemokratischen Partei unterstützt werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Entschließung, die ich wohl nicht noch einmal zu verlesen brauche, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe? - Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Stürmischer Beifall.)

Es hat nunmehr das Wort der Genosse Karl Meitmann.
Vorsitzender Meitmann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! In den vielen Tagesgeschäften, in dem Blick nach vorne, den wir allezeit auf unsere Aufgabe richten müssen, wird es vielleicht nicht allen Genossinnen und Genossen bewußt gewesen sein, daß heute an diesem 23. Mai sich zum 87. Male der Tag jährt, an dem die. politische Arbeiterbewegung in Deutschland, der wir alle so manches Jahrzehnt angehört und gedient haben, ihre erste organisatorische Form angenommen hat. Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle gegründet. Wieviele Kämpfe haben wir unter dem Liede geführt: "Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet", an dessen Schluß Lassalle als derjenige bezeichnet wird, dessen Fahne wir folgen.

Vieles, das ist das Gesetz der Politik und der Entwicklung, ist in dieser langen Zeit korrigiert und erneuert, als neues Ziel aufgestellt worden. Aber Recht und Wahrheit hat die Sozialdemokratie nie verlassen und sie haben uns nicht verlassen.

Ich glaube, in dieser historischen Stunde sollten wir unsere heutige Tagung schließen, indem wir dieses Lied singen, unter dem wir Sozialdemokraten das allgemeine, freie, gleiche Wahlrecht in Deutschland erkämpft haben.

Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben und einzustimmen.
Die Delegierten'singen stehend das Lied: Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet."

Vorsitzender Schönfelder: Ich schließe die Tagung für heute.
Schluß der Sitzung: 16.30 Uhr.

